

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Zwei Zeitungsbeholdern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Desugabpreis für Monat frei Haus 2 RM (Halbmonat 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zulieferungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 533, Emil Schlegel Schriftleitung: Dresden-Alt. Oberbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Freitag, den 6. Mai 1927 Nummer 105

## Die nationalen Banditen

### Die Nationalsozialistische Partei Gau Berlin verbietet blutige Mißhandlungen in einer Faschistenversammlung

Das Berliner Volkspräsidium erläßt folgende Bekanntmachung:  
„Auf Grund des Artikels 124 der Reichsverfassung, des § 2 des Reichsvereinsgesetzes und des § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechtes habe ich den Gau Berlin-Brandenburg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mit ihren Unterorganisationen, Sportabteilung „Schußstaffel“, Nationalistischer Freiheitsbund, Nationalistischer Deutscher Studentenbund Ortsgruppe Berlin und Deutsche Arbeiterjugend Berlin („Hitlerjugend“) aufgelöst, weil die Zwecke dieser Organisationen den Strafgesetzen zumiderlaufen.  
Die Verordnung trifft sofort in Kraft. Demgemäß ist den Mitgliedern der aufgelösten Organisation jede vereinsmäßige Betätigung, insbesondere die Abhaltung von Versammlungen und Zusammenkünften aller Art in geschlossenen Räumen sowohl als auch unter freiem Himmel und die Veranstaltung öffentlicher Aufzüge und Demonstrationen verboten.“

Die Vorgänge, die den Berliner Volkspräsidenten zu dem Verbot veranlaßt haben, sind folgende:  
In einer von den Nationalsozialisten abgehaltenen Versammlung forderte der Berliner Führer der Nationalsozialisten, Dr. Goebbels auf, die Redakteure der linksstehenden Tageszeitungen in ihren Wohnungen aufzusuchen und ihnen einen Dentschel zu verpacken. Als er im weiteren Verlauf seiner Rede über die „Judenjagd“ und dergleichen Schimpfe warf ihm ein anwesender Faschist das Signal: „Sie leben auch nicht gerade arisch aus!“ Das war für Goebbels und die Schußstaffel das Signal, über den Faschist herzufallen und ihn mit Biergläsern, Stöcken und Faustschlägen zu bearbeiten und schließlich hinauszuwerfen. Ebenso wurde ein Redakteur des Berliner Volksanpeilers, Hennig, zu Boden geschlagen und von der Schußstaffel ins Freie befördert. Der Lokal-Anzeiger-Redakteur alarmierte die Polizei, die das Lokal besetzte und die Teilnehmer nach Waffen durchsuchte. In Waffen wurden gefunden, teils bei Nationalsozialisten selbst, teils unter den Tischen und Stühlen liegend. 20 Personen wurden zwangsgewehrt; fünf davon die Polizei eintraf, verurteilte Goebbels gegen einen anwesenden Redakteur der Roten Fahne zu verhaften.

Die Berliner Presse nimmt zum Teil sehr scharf gegen die nationalsozialistische Rowdy-Attentat Stellung. So fordert die demokratische B.Z. am Freitag durch den Mund des angegriffenen und niedergeschlagenen Faschisten daraufhin ein Verbot des Stahlhelmaufmarsches, und die Berliner Volkszeitung schreibt zu dem Bericht über den Überfall: Man muß leider feststellen, daß seit den Tagen, da Herr Jürgel in Berlin das Regiment

führt, die Sicherheitszustände sich erheblich verschlechtert haben. Dagegen konnte man vor Monaten Erklärungen des Herrn Volkspräsidenten Jürgel lesen, daß er den Stahlhelmaufzug unter keinen Umständen verbieten wird. Der Chef einer Volksvereinsleitung sollte nicht von vornherein eine Freiheit verkünden, wenn man nach der Geistesverfassung der rechtsradikalen Junglinge annehmen muß, daß eine solche Verkündung nur als Anreiz zu Ausschreitungen wirkt.“

Der Fortwärtis kann sich selbstverständlich nicht verneinen, zu den Überfällen der Nationalsozialisten zu bemerken, daß diese Verbrechen das gleiche nur in die Tat umsetzten, was die Kommunisten erst forderten.  
Die Deutsche Zeitung, die sehr gute Verbindungen mit den Nationalsozialisten hat, erklärt scharf, daß sie keinen eigenen Bericht über die Vorgänge habe, und drückt den Bericht einer Berliner Lokalzeitung ab. In einer anschließenden Polemik gegen die demokratische Presse gibt sie jedoch zu, daß sie von dem Berliner Nationalsozialistenführer Dr. Goebbels informiert ist. Selbstverständlich hält die Deutsche Zeitung die Prügelei für richtig und schreibt zu dem Überfall auf den Faschist: „Schließlich kann er sich nicht darüber wundern, wenn er als Landesführer eine nationalsozialistische Versammlung durch einen Faschisten reißt und infolgedessen Prügel bezieht.“ Die Deutsche Zeitung behauptet schließlich noch, daß die aufgefundenen Waffen von roten Frontkämpfern stammen, die sie schnell weggenommen hätten. Ueber diese blutige Behauptung kann man lächeln. Besonders entsetzt sind die Nationalsozialisten über die Wajenjuden und darüber, daß auch die Frauen nach Waffen durchsucht worden sind, und zwar von jüdisch aussehenden Kriminalassistentinnen.“

Das Verbot, das von Jürgel ausgesprochen wurde, erfolgt unter dem Druck der empörten Arbeiterklasse aus den Großbetrieben. Die Empörung über das Verbot der Arbeiterdemonstrationen in den Betrieben ist gewaltig. Die Arbeiter fordern den Protest und Verweigerung gegen den faschistischen nationalen Banditenaufmarsch. Um abzuwehren, muß „Neutralität“ markiert werden, verbietet Jürgel jetzt die Nationalsozialisten. Aber die Arbeiter wissen, das Verbot gegen die Nationalsozialisten ist nur ein Scheinverbot. Die „verbotenen“ Nationalsozialisten werden genau so mitdemonstrieren, wie die „verbotenen“ Diktatoren. Die Wegnahme des Verbotes soll nur die gemeinsame Politik der Partei mit den Stahlhelmen verbieten.

Das müssen die Arbeiter sehr genau vor Augen halten, wenn in der sozialdemokratischen Presse heute in ganz Deutschland ein Jubelgeschrei über dieses Verbot ausbrechen wird. Stahlhelmen-Vorwärts und Stahlhelmen-Jürgel können sich damit nicht einlassen. Der Vorwärts war gestern abend das einzige Blatt, das im Kommentar zu dem nationalsozialistischen Terror eine Kommunistenherbe betrieb.

## Hindenburg, der Protektor des Stahlhelms

### Empfang der Stahlhelmführer

Wie bekannt, empfing der Reichspräsident Hindenburg die Führer des Stahlhelms Franz Selbe und Oberst a. D. Dackert, den Generalmajor a. D. Geitzow, Dr. Braumeyer und Hauptmann a. D. Kausel. Hindenburg ist bekanntlich Ehrenmitglied des Bundes. Der Empfang der Stahlhelmführer bei dem Reichspräsidenten zeigt die enge Verbindung, die zwischen dem Stahlhelm und der Bürgerblut-Regierung und ihrem Präsidenten besteht.

Das Ergebnis dieser Besprechungen ist das Verbot aller Gegenkundgebungen, das von Hindenburg ausgeht. In einer Besprechung Hindenburgs mit preussischen Ministern und Mitgliedern der Reichsregierung wurde das Verbot angeordnet.

Die Stahlhelmführer verlangten das Verbot, Hindenburg befiel es.

Nach wenigen Tagen hatte der Volkspräsident erklärt, daß man mit Gegenkundgebungen rechnen müsse. Die Gegenkundgebungen seien erlaubt. Den Demonstrationen sollte die Marschrichtung vorgegeben werden. Jetzt hat Hindenburg befohlen, und Braun und Geitzow führten den Befehl aus. Die bürgerliche Presse und der Vorwärts begrüßten das Verbot und lieferten den Beifall dazu. Der Vorwärts lieferte auch die notwendige Kommunistenherbe.

Für die Arbeiterklasse ist hier der Beweis des Zusammenarbeitens der Bürgerblut-Regierung mit dem Stahlhelm klar erbracht. Die Arbeiterklasse Berlins wird trotzdem zeigen, daß Berlin rot ist.

### Proteststreik gegen den Stahlhelmaufmarsch

Berlin, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)  
Das Verbot der proletarischen Gegendemonstrationen gegen den Stahlhelmaufmarsch hat in den Betrieben ungeheure Empörung ausgelöst. Spontan haben schon in vielen Betrieben Belegschaftsversammlungen stattgefunden und zur neuesten Proklamation Jürgels Stellung genommen. Die rote Fahne drückt eine Reihe solcher Resolutionen ab und nennt zahlreiche Belegschaften, die ähnliche Resolutionen laßen.  
Die Berliner Reichsanarbeiter beschließen in einer Urabstimmung mit überwältigender Mehrheit einen „Proteststreik

gegen den Stahlhelmaufmarsch. Ihre Absicht richten einen Streikaufruf an die Reichsanarbeiter und unterzeichnen die Unterzeichnung, daß die Reichsanarbeiter dem Aufruf folgen werden. Der Provinzialausschuß der Erwerbslosen fordert gleichzeitig die Erwerbslosen auf, den Streik mit aller Kraft zu unterstützen.

### Die Schwarze Schar

Mannheim, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)  
Den Stahlhelmmannschaften aus Mannheim und Ludwigshafen voraus sind die „Herren Führer“ des Stahlhelms bereits in einem besonderen Zug nach Berlin abgereist. Der nationalsozialistische Führer Roth nimmt an dieser Reise teil. Aus Berlin erfahren wir aus den Reichsberichten in Oberhessen, daß von dort außer den Stahlhelmen die Schwarze Schar bereits nach Berlin abgereist ist. Diese Schwarze Schar ist eine berüchtigte Vororganisation aus der Zeit des Kampfes gegen den polnischen Widerstand in Oberhessen. Sie will sich nach einem kleinen Ort in der Nähe Berlins begeben und wird sich in Berlin in Zeit aufhalten. Sie führte schwere Koffer mit sich.

### Bayrische Reichswehr mit Panzertwagen nach Berlin

Berlin, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)  
Am Dienstag vermittelte Sonnerie die 2. und 3. Kompanie der Reichswehr die Stadt Pommern. Die Reichswehr führte Panzertwagen, Maschinengewehrbatterien und Sanitätskolonnen mit sich. Sie kam aus Bayern und wurde in der Richtung nach Berlin transportiert.

### In 2. Lesung angenommen

Das englische Gewerkschaftsgesetz im Unterhaus.  
London, 6. Mai. (Teleunion.)  
Das Unterhaus hat heute abend die Gewerkschaftsprivilegien der Regierung in zweiter Lesung mit überwältigender Mehrheit angenommen. Ein Antrag der Sozialisten auf Verlängerung der Debatte bis Montag wurde mit 128 gegen 125 Stimmen abgelehnt. Für die Arbeiterpartei sprachen Agnes, Snowden und Thomas.

## Gowjetrußland in Genf

### Der Leiter der Berliner Handelsvertretung der USSR über die Weltwirtschaftskonferenz und die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.  
Am 3. Mai passierte die russische Delegation zur Weltwirtschaftskonferenz Berlin und wurde von dem Genossen Wegge, dem Leiter der Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion, empfangen. Unter Mitwirkung benutzte die Gelegenheit, um Genossen Wegge einige Fragen über den Einfluß der Teilnahme Sowjetrußlands an der Genfer Konferenz auf die zukünftige Gestaltung der sowjetrussischen Wirtschaftspolitik vorzulegen. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse richtet ja gegenwärtig ihren Hauptangriff gegen das Außenhandelsmonopol der Sowjetunion und erhofft von der Teilnahme Rußlands in Genf eine Wenderung der grundsätzlichen Einstellung.  
Genosse Wegge erklärte hierzu unserem Mitarbeiter etwa folgendes:  
Das Außenhandelsmonopol der Sowjetunion stellt einen unzerbrechlichen Bestandteil unseres Wirtschaftssystems dar. Man kann nicht einzelne Teile des Außenhandelsmonopols beseitigen, ohne dies ganz aufzugeben. Der gesamte Wirtschaftsaufbau und die Sozialpolitik der Sowjetunion sind mit dem Außenhandelsmonopol untrennbar verbunden.  
Wir müssen bei der Wiederherstellung unserer Wirtschaft berücksichtigen, daß noch in großem Umfange eine veraltete Maschinerie da ist, die nicht auf der Höhe der westeuropäischen Konkurrenz steht. Ferner haben wir im Vergleich mit den kapitalistischen Ländern viel höhere Sozialkosten, die der werktätigen Bevölkerung eine Besserung ihres Lebensstandards garantieren. Und schließlich ist bei uns im Gegensatz zu den meisten westeuropäischen Staaten der strenge Arbeit und den tag als hochstarkezeit eingeführt. Dazu kommen die gesetzlichen Urlaubszeiten, Mutter- und Kinderfürsorge und anderes mehr. Alle diese Tatsachen bedeuten wenigstens zunächst eine Versteigerung der Produktion, die erst allmählich und planmäßig beseitigt werden kann.  
Die Industrialisierung der Sowjetunion, deren Wirksamkeit erst die Hebung und Ruhmherstellung unserer Naturerzeugnisse ermöglicht, ist ebenfalls nur durchführbar unter Beibehaltung des Außenhandelsmonopols. Sie hängt ab von dem Tempo, in dem wir eigene Kapitalien ansammeln und zur Verfügung stellen können, und von den uns gewährten Auslandskrediten. Dabei muß man berücksichtigen, daß die vom Auslande im letzten Jahre uns gewährten Kredite nur einen unbedeutenden Bruchteil unserer gesamten Neuanlagen ausmachen und außerdem ganz kurzfristig sind. Auch der deutsche 300-Millionen-Kredit, der auf zwei und vier Jahre gegeben worden ist, muß als kurzfristig bezeichnet werden. Denn die Amortisationsfrist großer Anlagen, wie Kraftwerke usw., erfordert 15, 20, ja noch mehr Jahre. Aus dieser Tatsache geht hervor, daß unsere Industrialisierung nahezu zu 100 Prozent auf eigene Kosten durchgeführt wird.

Der Kurs unserer Wirtschaftspolitik steuert in erster Linie auf eine Befriedigung des Massenbedarfs hin, und zwar aus eigenen Mitteln und den eigenen Kräften des Landes. Die Luxusindustrie wird fast völlig der Initiative und Finanzierung durch das private Kapital überlassen. Alle staatlichen und genossenschaftlichen Mittel, die zu Neuanlagen zur Verfügung stehen, werden dazu benutzt, um die Befriedigung der Massenbedürfnisse günstig zu gestalten und die Voraussetzung für eine weitere Steigerung der Produktion von Konsummitteln zu schaffen. Dazu dient auch der Aufbau der Schwerindustrie und des Maschinenbaues, denn deren Entwicklung ist die Basis für den Fortschritt aller anderen Industrien.

Wir sind heute schon so weit, daß wir neun Zehntel des gesamten, in der Sowjetunion vorhandenen Massenbedarfs aus eigenen Mitteln befriedigen können. Dieser große Fortschritt ist nur erreicht worden dank dem Außenhandelsmonopol. Und mit Hilfe des Außenhandelsmonopols werden wir in zwei bis drei Jahren so weit sein, daß wir sogar den gesamten Massenbedarf der Sowjetunion aus unserer eigenen Produktion decken können. Wenn auch aus den früher erwähnten Gründen die Qualitäten und die Preise der von uns erzeugten Waren noch nicht unseren Wünschen entsprechen, so geht doch der Kurs auf eine ständige Verbilligung der Waren und vor allem des Massenbedarfs, und auch dieses Ziel ist nur erreichbar mit Hilfe des Außenhandelsmonopols.

Nur unserem unerrückbaren Festhalten an dem Außenhandelsmonopol haben wir es zu danken, daß nach all der Zerstörung die Wirtschaft der Sowjetunion so schnell wieder aufgebaut werden konnte und in so raschem Tempo sich weiter entwickelt. Seit dem Bestehen der Sowjetrepublik ist die Forderung nach der Aufhebung des Außen-

fische  
Blumen  
Markt  
ung mit  
ngienisch  
riner  
weg 2  
Geschäfte  
nal  
für Saal  
Einou-  
innen  
Preis 45 Pf  
ERKE  
die  
glet Ostschlesien  
man oder in  
ste Nr. 2, ab  
art einleitend